

An den Oberbürgermeister und alle Stadträte*innen der Stadt Fürth

90744 Fürth

Fürth, 27.03.2023

Empfehlungen des Arbeitnehmerbeirats zum Parkraumkonzept insbesondere in der Fürther Südstadt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,

der Arbeitnehmerbeirat begrüßt grundsätzlich die Erstellung eines Parkraumkonzeptes, um Wohnen und Leben inklusive des Verkehrs steuern und entwickeln zu können. Das Konzept bietet viele gute Ansatzpunkte für die dringend notwendige Verkehrswende (Stärkung Umweltverbund, Reduzierung MIV) und mehr Aufenthaltsqualität für alle in der Stadt. Insbesondere in der Südstadt werden Grünflächen für eine gesunde Lebensqualität benötigt.

Bezüglich der Innenstadt können wir den Ausführungen größtenteils zustimmen. Beim Thema Südstadt hat der Arbeitnehmerbeirat folgende Anmerkungen:

Gesamtkonzept

Wir können nachvollziehen, dass im Parkraumkonzept der Fokus auf bestimmten Stadtteilen Fürths liegt, zugleich regen wir an, die aktuellen Planungen mit einem strategischen Gesamtblick zu betrachten.

Im Rahmen eines Parkausweiskonzeptes für Anwohnende sollte darauf geachtet werden, dass die Problematik der „Parkplatznot“ nicht in andere Straßen der äußeren Südstadt (ab Flößaustraße) verlagert wird. Der Arbeitnehmerbeirat empfiehlt daher die Maßnahmen aus dem Parkraumkonzept auch auf einzelne Straßen zwischen der Flößau- und Fronmüllerstraße auszuweiten.

Beteiligung

Im Rahmen der Planung und Umsetzung des Parkraumkonzeptes soll eine zeitnahe Beteiligung der betroffenen Bürger aus den jeweiligen Zielgebieten erfolgen.

Wir empfehlen zur Unterstützung des Beteiligungsprozesses Parkplätze experimentell anders zu nutzen, z.B. durch Wanderbäume, Parklets etc., damit Anwohnende ein positives Erlebnis der anderen Nutzung haben. Dies erleichtert den Beteiligungsprozess zur Frage, was mit den gewonnenen Flächen geschehen soll. Verkehrsberuhigung im Wohnviertel, Platz zum Spielen und Begegnen, große Bäume zur Klimaresilienz, Verweilflächen, überdachte Radabstellanlagen, Außenbestuhlungen der Gastronomie etc. würden merklich den Wohnwert steigern.

Generell kann die Akzeptanz der Maßnahmen erhöht werden, wenn die Diskussion über die Notwendigkeit der Verkehrswende und des Klimaschutzes auch in der Stadt selbst geführt wird und ein Konsent über das gemeinsame Ziel der Stadt und ihrer Bewohner*innen herbeigeführt wird.

Parkhäuserbetreiber müssen einbezogen werden

Wie im Parkraumkonzept angesprochen, unterstreichen wir noch einmal die Wichtigkeit eines Einbezugs der Parkhausbetreiber.

Anwohnerparken

Der Arbeitnehmerbeirat empfiehlt im gesamten Stadtgebiet Anwohnerparken einzurichten, denn die weiter unten beschriebenen Probleme in der Südstadt sind m.o.w. auch in den anderen Stadtteilen vorhanden.

Quartiersgaragen

Wir begrüßen es, dass die Verwaltung bereits Standorte für Quartiersgaragen prüft. Möchten zugleich folgendes zum Thema einbringen:

Quartiersgaragen können nur eine vorübergehende Entlastung des Parkdrucks ermöglichen, sind jedoch langfristig keine Lösung, um den MIV zu reduzieren. Daher sollten Quartiersgaragen gleich so geplant werden, dass eine Folgenutzung oder ein ressourcenschonender Rückbau unproblematisch möglich sind.

Der Vorschlag, neue Quartiersgaragen an der Karolinenstraße oder entlang der Fronmüllerstraße als Randlage für mögliche Quartiersgaragen (siehe Abbildung 38, Parkraumkonzept Stadt Fürth) zu bauen, ist aufgrund der Entfernung zwischen Wohnung und Quartiersgarage unseres Erachtens nur sinnvoll, wenn im Vorfeld eine entsprechende Kommunikation (s.a. Beteiligung) stattfindet.

Andererseits sollte es im Hinblick auf eine bessere Akzeptanz des vorhandenen öffentlichen Nahverkehrs zumutbar sein, dass die nächste Quartiersgarage weiter entfernt ist als die nächste Station des Umweltverbundes.

Dauerparker und Ladezonen

Wir stellen fest, dass in manchen Straßen der Südstadt vermehrt Transporter, Lieferfahrzeuge und Wohnmobile – teilweise sogar über Monate hinweg, ohne bewegt zu werden – abgestellt werden. Dies führt dazu, dass der zur Verfügung stehende Parkraum für Anwohnende weiter eingeschränkt wird und jede Möglichkeit des Parkens auf nicht gesperrten Flächen durch Beschilderung oder Markierungen genutzt wird.

Daher empfehlen wir, die Parkmöglichkeit für Fremdfahrzeuge, wie Lieferfahrzeuge (Transporter/LKW, Anhänger) oder Wohnmobile weitgehend einzuschränken und zugleich Ladezonen einzurichten, um Kurzzeitplätze für Lieferfahrzeuge zu schaffen sowie die vorhandenen Parkerleichterungen für Handwerksbetriebe und soziale Dienste bekannter zu machen.

Platz für Sharing und Mobilitätsknotenpunkte

Um den Umstieg auf andere Formen der Mobilität zu erleichtern, empfehlen wir, schnell erreichbare Parkplätze (z.B. einer pro Block) für Sharing-Autos zu reservieren. Dies ermöglicht besonders Menschen in Armut, die sich ein Auto gar nicht leisten können, die Nutzung.

Zudem empfehlen wir Mobilitätsknotenpunkte auf bisherigen Parkplätzen einzurichten, an denen E-Roller, Leih(lasten)räder u.ä. zur Verfügung stehen. Das entlastet auch die gerade oft voll gestellten Fußwege. Beides ist im Parkraumkonzept schon zu berücksichtigen.

Gebühren

Ziel der Gebührenerhebung muss sein, die Belastung des öffentlichen Raumes durch parkende PKW zu verringern und den Parkraum in die dafür vorgesehenen Parkhäuser zu verlagern.

Einen indirekt durch die Kommune zwangssubventionierten Parkausweis für Bewohnende für € 30,70 pro Jahr halten wir für zu gering und kontraproduktiv für eine bessere Ausnutzung von Parkhäusern und Quartiersgaragen. Wir empfehlen den Stadträtinnen und Stadträten in ihren Parteien auf Landesebene auf eine Aufhebung der Obergrenze für das Anwohnerparken hinzuwirken. Nur so lässt

sich das im Konzept gesteckte Ziel, dass die Parkgebühr auf öffentlichen Straßen höher ist als in Parkhäusern, erreichen.

Ebenso sollten alle rechtlichen Möglichkeiten der Stadt genutzt werden, um die Gebührenentwicklung gemäß des Verkehrsaufkommens (wie viele PKW pro Familie, LKW, Transporter, Wohnmobile, Anschaffung von Zweitfahrzeugen etc.) zu gestalten.

Bei Notwendigkeit muss Parken bezahlbar bleiben

Das angesprochene Gebiet zwischen Bahnlinie und Flößaustraße ist größtenteils geprägt von Wohnungsbaugenossenschaften. Gerade dort wohnen überwiegend Arbeitnehmende, mit niedrigen oder mittleren Einkommen.

Sollte die Landesregierung ihre Haltung ändern und die Höhe den Kommunen überlassen, mahnen wir: Eine Parkraumbewirtschaftung muss soziale Härten abfedern. Denkbar wäre hier zum Beispiel ein vergünstigter Tarif für Menschen mit Wohngeldbezug oder niedrigem Einkommen o.ä.

Viele brauchen leider heute immer noch Zugriff auf ein Auto, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen. Umgekehrt sehen wir gleichwohl eine gewisse Bequemlichkeit, die zum Autofahren verleitet, wenn dieses vor der Haustür steht und am Zielort kostenlose Parkmöglichkeiten vorhanden sind. Bequemlichkeit muss nicht subventioniert werden.

Parkraumüberwachung stärken

Die Einhaltung der Parkregelungen muss konsequent überwacht werden; dafür bedarf es zusätzlichen Personals bei der Verkehrsüberwachung und sichtbare Präsenz vor Ort. Daher empfehlen wir die Aufstockung des Personals in der Parkraumüberwachung, nur so werden andere Maßnahmen wirksam.

Wir freuen uns darauf, dass die Stadt Fürth gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern daran arbeitet, die Lebensqualität in der Südstadt zu erhöhen, durch Klimaresilienz zu sichern und die Verkehrswende einzuleiten.

Wir bitten darum, unsere Hinweise aufzugreifen und diese im weiteren Prozess zu berücksichtigen. Bei Rückfragen stehen wir als Beirat gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Anna Barth
Vorsitzende des Arbeitnehmerbeirats in Namen des Gremiums